

Eintretensvotum Budget 2026 – GR-Sitzung, 08.12.2025

Sehr geehrter Herr Ratspräsident, sehr geehrte Stadträte und Stadträtin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, wertes Publikum und Vertreterinnen der Presse

Wir beraten heute das Budget 2026 für Dübendorf. Ein Budget, das den Rahmen setzt und damit darüber entscheidet, wie wir unsere Stadt weiterentwickeln – von den Quartieren bis zum Stadtzentrum, von der Kinderbetreuung bis zur Alterspolitik. Und aus Sicht der SP ist klar: Dübendorf braucht jetzt und künftig Investitionen, nicht Sparrunden. Denn die Herausforderungen, die Dübendorf in den nächsten Jahren prägen, lassen sich nicht mit dem Rotstift lösen.

Unsere Stadt wächst und altert gleichzeitig. Die Nachfrage nach Pflegeplätzen und Betreuung, nach Tagesstrukturen, Begleitangeboten und Unterstützungsleistungen steigt – und das nicht erst in zehn Jahren, sondern bereits heute. Das sehen wir im Alterszentrum Imwil, in der Spitex, bei den Gesundheitskosten und auch im Alltag in den Quartieren. Wenn wir hier sparen, verschieben wir Probleme in die Zukunft, wo sie uns doppelt teuer einholen. Eine vorausschauende Politik investiert in Strukturen, die es Seniorinnen und Senioren ermöglichen, möglichst lange selbstständig zu leben (Stichwort Alterswohnungen), die Angehörige entlasten und die Qualität in der Versorgung (ambulante Dienste) sichern. Das ist sozial notwendig und ökonomisch sinnvoll.

Mit den grossen Entwicklungsgebieten in Stettbach, im Hochbord, dem Innovationspark oder in den Quartieren entlang der Glatt bildet Dübendorf eine der dynamischsten Wachstumsregionen im Kanton. Damit steigt der Druck auf den Wohnungsmarkt und auf unseren öffentlichen Raum. Darum braucht es Investitionen in bezahlbaren Wohnraum (etwa durch einen Wohnbaufonds wie wir dies in unserer lancierten Initiative fordern), in nachhaltige Stadtentwicklung und in Quartiere, in denen man sich wohlfühlt. Dazu gehören Grünräume, sichere Wege, gut gestaltete Plätze und Räume, in denen Begegnung stattfindet – denn sozialer Zusammenhalt entsteht nicht von selbst, er muss ermöglicht werden. Eine Stadt, die nur reagiert statt gestaltet, verliert Lebensqualität.

Auch wir von der SP wissen: Die Stadt kann und muss nicht alles allein leisten. Aber sie hat die entscheidende Aufgabe, die Rahmenbedingungen zu schaffen. Vereine, Quartierinitiativen, Jugendangebote, Kultur, Sport – all das sind Grundlagen für ein

funktionierendes Miteinander in einer stark wachsenden Stadt und nicht ein „Nice-to-have“. Wenn Menschen sich engagieren, Verantwortung übernehmen und Gemeinschaft leben, dann ist das ein Gewinn für uns alle. Aber Engagement braucht Unterstützung, Räume, Infrastruktur und verlässliche Partnerschaften mit der öffentlichen Hand. Denn eine Stadt, die Begegnung fördert, investiert direkt in Sicherheit, Integration und Lebensqualität.

Zugegeben, wir können all diese Herausforderungen nicht im Rahmen dieses Budgets angehen oder gar lösen, aber wir können doch nicht ernsthaft einerseits eine Senkung des Steuerfusses in Betracht ziehen und andererseits sagen, wir müssen sparen und Investitionen aufschieben. Dass sich dies etwa beim Schulraum rächt, haben wir in den letzten Jahren ja alle hautnah erlebt. Oder um konkret auf das vorliegende Budget einzugehen und die Diskussion um die Kosten für die familienergänzende Betreuung: Verglichen mit der sogenannten Dividende von geschätzt zwischen 50 und 150 Franken pro Jahr und Steuerpflichtige, von der die Bevölkerung in Dübendorf dank der Steuerfusssenkung profitieren soll, würde die finanzielle Belastung für die betroffenen Familien mit dem vorgeschlagenen Betrag von 800'000 Franken und der damit zusammenhängenden Tarifanpassung massiv steigen. Wir reden hier bei einem steuerbaren Einkommen von 30'000 Franken bei 2 Elternteilen mit 2 Kindern von einer Erhöhung um 5'400 Franken und insgesamten Kosten von Fr. 12'216 im Jahr, respektive bei einem steuerbaren Einkommen von Fr. 60'000.- von einer Erhöhung der Betreuungskosten um satte Fr. 6'360 und damit von jährlichen Elternbeiträgen von Fr. 21'888.-.

Wollen wir dies den betroffenen Familien in Dübendorf wirklich zumuten? Und dies wegen eines zusätzlichen Betrages von 250'000.- Franken? (verglichen mit dem Vorschlag der GRPK-Minderheit von 1.05 Millionen?)

Damit wird aus Sicht der SP der Auftrag und der Zweck der familienergänzenden Betreuung, nämlich den Schritt in die Erwerbsarbeit zu ermöglichen und damit die Chancengleichheit und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu fördern, untergraben.

All dies ist nicht nur widersprüchlich und unsozial, es ist auch finanzpolitisch fahrlässig. Wir alle wissen, welche Herausforderungen anstehen und wer die Einnahmen reduziert, während die Aufgaben wachsen, sagt indirekt: Wir lassen wichtige Angebote ausbluten und hoffen, dass niemand genau hinschaut.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen,

Die Frage ist nicht, ob wir uns Investitionen leisten können. Die Frage ist, ob wir es uns leisten können, sie nicht zu tätigen. Und die Antwort lautet klar: Nein. Wir brauchen in Dübendorf wieder mehr Willen zu gestalten, als nur zu verwalten und dazu braucht es eine Politik und ein Budget, das vorausdenkt, statt kleinteilig zu sparen. Und das Mut zeigt, weil wir eine Verantwortung gegenüber den kommenden Jahren – und den kommenden Generationen – haben.

Ich bitte Sie deshalb Ihre Budgetentscheide mit Sorgfalt zu fällen, damit wir ein Budget beschliessen können, mit dem Ziel die Stadt sozial und zukunftsfähig zu gestalten.

Wir von der SP können nicht mit gutem Gewissen ein Budget verabschieden, das bei zukunftsrelevanten Investitionen, der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und der Kinderbetreuung spart, während gleichzeitig der Steuerfuss gesenkt wird.

Vielen Dank!

Roland Wüest